

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

hier: Künftige Verankerung von Klimafolgen in allen relevanten Vorlagen

Beratungsfolge:

27.11.2019 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität empfiehlt dem Rat der Stadt, den folgenden Beschluss zu fassen:

Künftig wird es in allen relevanten Vorlagen einen festen Punkt "Klimafolgen" geben. Dort wird beurteilt, ob eine Maßnahme den menschengemachten Klimawandel negativ beeinflusst, ob es weniger klimaschädliche Alternativen gibt, bzw. wie negative Folgen auf das Klima ausgeglichen werden können.

Kurzfassung

Entfällt.

Begründung

Siehe Anlage.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

sind nicht betroffen

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:



An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Herrn Hans-Georg Panzer

- Im Hause -

15.11.2019

Sehr geehrter Herr Panzer,

bitte nehmen Sie für die Sitzung des Umweltausschusses am 27.11.2019 gem. § 6 (1) GeschO im folgenden Vorschlag zur Tagesordnung auf:

Künftige Verankerung von Klimafolgen in allen relevanten Vorlagen

Antrag:

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den folgenden Beschluss zu fassen: Künftig wird es in allen relevanten Vorlagen einen festen Punkt „Klimafolgen“ geben. Dort wird beurteilt, ob eine Maßnahme den menschengemachten Klimawandel negativ beeinflusst, ob es weniger klimaschädliche Alternativen gibt, bzw. wie negative Folgen auf das Klima ausgeglichen werden können.

Begründung:

Am 26.09.2019 hat der Rat entsprechend der Forderung der Initiative Fridays for Future den Klimanotfall für Hagen beschlossen. Darin heißt es unter anderem: „Entscheidungen und Maßnahmen der Stadt sind eingehend vorher auf ihre Klimarelevanz zu prüfen. Das Ergebnis ist den Entscheidungsträgern (Politik und Verwaltung) vorzulegen, Alternativen und Konsequenzen sind darzustellen.“ Dieser Beschluss muss nun umgesetzt werden, indem die Auswirkungen auf das Klima in jeder Vorlage einen festen Platz erhalten und in der Abwägung höchste Priorität erhalten..

f.d.R.

Hildegund Kingreen
Ausschussmitglied

Christoph Nensa
Fraktionsgeschäftsführer

C. Nensa